

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Protestieren und Demonstrieren in der Demokratie – warum?	11
Warum gibt es weiter Straßenprotest?	14
Fragen und Thesen des Bandes	22
1 Eine Volksgemeinschaft revoltiert: Der vergessene Protest in Besatzungszeit und früher BRD	30
Der Protest der <i>Displaced Persons</i> und deutscher Rassismus	35
Hungerrevolten	40
Protest gegen Demontagen und Besatzer	43
Gegen Währungsreform und Liberalisierung: Generalstreik 1948	47
Protest der Besatzungsgeschädigten, Flüchtlinge und Vertriebenen	51
2 Der 17. Juni 1953: Die gescheiterte Revolution in der frühen DDR	57
Die offizielle Demonstrationskultur der SED	61
Auf dem Weg zum 17. Juni	67
Der Volksaufstand	70
Folgen und weitere Entwicklung in der DDR	75

3	Friedensbewegung, Gewerkschaften, »Halbstarke«: Protest in der unruhigen Ära Adenauer	78
	Die Friedensbewegungen der 1950er Jahre	84
	Arbeiterbewegung, Mitbestimmung und Wirtschaftswunder	91
	Jugendprotest, »Halbstarkenkrawalle« und Populärkultur	97
4	»1968«, Neue Linke, Studentenprotest und die gesellschaftlichen Umbrüche der langen 1960er Jahre	103
	Konsumgesellschaft und Demokratisierung	108
	Eine Neue Linke	114
	Der globale Anspruch der 68er-Bewegung	120
	Generationskonflikt und NS-Vergangenheit	124
5	Eine protestierende Republik? Die »Neuen Sozialen Bewegungen« der 1970er und 1980er Jahre	131
	Was sind Neue Soziale Bewegungen?	136
	Die (Neue) Frauenbewegung	139
	(Neue) Umwelt- und Ökologiebewegung	146
	Alternatives Milieu und bewegte Provinz	151
	Der Streit um den Frieden als Normalisierung von Protest	158

6	Die Arbeiterbewegung zwischen Klassenkampf, rheinischem Konsensmodell und der Herausforderung der Neuen Sozialen Bewegungen	166
<hr/>		
	Etablierte und Bewegte	169
	Wilde Streiks, Alternative und »Gastarbeiter«	173
	Herausforderung Modernisierungskepsis	180
	Gleichheit in der Konsumgesellschaft	184
7	Bewegung im Sozialismus: Widerstand, Opposition und das Ende der DDR, 1970–1990	187
<hr/>		
	Widerstand, Protest, Bewegung im Sozialismus	190
	DDR-Opposition in den 1970er Jahren	195
	Friedensbewegung im »Friedensstaat«	199
	Das Ende der Diktatur 1989/90	203
8	Der Aufstieg der globalisierungskritischen Linken: Protestgeschichte der Gegenwart I	209
<hr/>		
	Unser Zeitalter neuer Globalisierung	214
	Die (»linke«) Globalisierungskritik der 1990er	220
	Friedensbewegungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts	226
	Der Aufstand der Ausgebildeten 2011	232
9	Protest rund um Einwanderung, Flucht, Asyl und Rassismus: Protestgeschichte der Gegenwart II	237
<hr/>		
	Migrationsgeschichte und Protestforschung	242
	»Gastarbeiter« und Intellektuelle	251
	Ablehnung von Asyl und »Fremden«	257
	Rechtspopulismus als Protestbewegung	263

Resümee: Was bewirkt Protest?	272
Protest und gesellschaftlicher Wandel	274
Die Indikatorfunktion als zentrale gesellschaftliche Rolle von Protest	279
Dank	282
Abkürzungsverzeichnis	285
Literaturverzeichnis	287
Personenregister	305

Einleitung: Protestieren und Demonstrieren in der Demokratie – warum?

Protest ist historisch gewachsener Alltag in Deutschland. Seine Bedeutung lässt sich nicht zuletzt daran erkennen, dass er immer wieder neue Begriffe prägt: »Halbstarke«, »68er«, »Alternativbewegungen« oder »Wutbürger«, aber auch »Sit-In«, »Ostermarsch« und »Montagsdemonstration« sind fester Bestandteil der politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Während Joseph Stalin 1931 scherzte, dass die Deutschen mehr Ordnungs- als Freiheitsliebe besäßen und selbst revolutionäre Arbeiter im Zweifel zwei Stunden auf den Schaffner warteten, bevor sie den Bahnsteig ohne Fahrkartenkontrolle für eine Demonstration verließen, würde der sowjetische Diktator sich wundern, mit welcher Hingabe die heutigen Deutschen protestieren (Stalin 1955, 74). Straßenprotest ist Normalität in der politischen Kultur unseres Landes; er hat den »Geruch des Provokativen, des Radikalen, des Umstürzlerischen und Antibürgerlichen weitgehend verloren«, so der Tübinger Kulturwissenschaftler Thomas Balistier schon vor zwei Jahrzehnten (1996, 9). Er ist konsensuales Medium längst auch der bürgerlichen Mitte.

Um diese Normalisierung und »Veralltäglichung« von Protest geht es in diesem Buch. Ein gutes Beispiel sind die Demonstrationen gegen das Bauprojekt »Stuttgart 21«. Diese setzten im November 2009 nach Leipziger Vorbild mit wöchentlichen Montagsdemonstrationen ein. Im Juli 2010 überschritten sie die überregionale mediale Aufmerksamkeitsschwelle, als die Abrissarbeiten am Stuttgarter Hauptbahnhof begannen. Mit dem Ende der Sommerferien multiplizierten sich die Teilnehmerzahlen. Besetzungen und »direkte Aktionen« machten Stuttgart 21 zum Anziehungspunkt für Aktivisten und Medien. Einen Gipfel erreichten die Proteste am 30. September 2010, dem »Schwarzen Donnerstag«, als alarmiert per Handy und durch soziale Medien innerhalb

kürzester Zeit Tausende von Bürgern, Schülern und »Parkschützern« zum Stopp von Rodungen in den Stuttgarter Schlosspark strömten. Es kam zu gewaltsamen Konflikten mit der Polizei, mit Hunderten von Verletzten. Damit hatte die Bewegung ihren »Erinnerungsort«. Langwierige parlamentarische Untersuchungen waren die Folge, Versuche der Schlichtung, die Abwahl der CDU-geführten Landesregierung, die Wahl eines grünen Ministerpräsidenten, schließlich eine landesweite Volksabstimmung, die für Stuttgart 21 grünes Licht gab. Die Demonstrationen dauern auf kleiner Flamme bis heute an.

Gegen Stuttgart 21 demonstrierten nicht primär Ausgeschlossene und Unterdrückte, sondern Mitglieder der gesellschaftlichen Mitte und damit Menschen, die in unserem Land etwas zu sagen haben: Die Proteste wurden von einem breiten Bündnis getragen, von Stadtteilvereinen über Architekten, kirchliche Gruppierungen bis zu Gewerkschaften und Parteimitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke, aber auch Mitgliedern der CDU sowie migrantischen Organisationen; die Demonstrierenden waren und sind überdurchschnittlich gut gebildet, wirtschaftlich ressourcenstark und vergleichsweise alt. Einer Online-Umfrage des Göttinger Instituts für Demokratieforschung vom 23. Oktober 2010 zufolge hatten über 40 Prozent einen Hochschulabschluss, 70 Prozent sogar Abitur, 75 Prozent waren über 35 Jahre alt, 20 Prozent älter als 55, darunter nicht wenige Rentner. Ein großer Prozentsatz hatte zwar vorherige Demonstrationserfahrung, bisher jedoch nur gelegentlich an Straßenprotesten teilgenommen. Einige waren Veteranen der Anti-AKW-Bewegung. Relativ viele brachten Erfahrungen in der Organisation von Dingen mit (z. B. als Lehrer, Juristen oder Ingenieure). Es handelt sich also durchaus nicht um einen marginalisierten, von Entscheidungsprozessen ausgeschlossene Personenkreis (Göttinger Institut 2010; Walter u. a. 2013, 67).

Im Rückblick lassen sich die Stuttgarter Ausschreitungen als Teil einer globalen Protestwelle interpretieren. Was die Stunde geschlagen hatte, zeigte sich Anfang 2011. Ausgehend von den

Revolutionen des »Arabischen Frühlings« bzw. der *Arabellion* gingen auch in vielen westeuropäischen Ländern sowie in Israel und der Türkei vor allem junge Menschen auf die Straßen. In Westeuropa stand zwar nicht der Sturz blutiger Diktaturen auf der Agenda. Auch hier sahen sich viele von Entscheidungen ausgeschlossen und forderten mehr »Transparenz«. Viele beklagten einen schleichenden Substanzverlust der Demokratie, etwa der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch in seinem viel diskutierten Buch *Post-Democracy* (2004). Auch die Stuttgarter Protestler hatten das Gefühl, dass Wahlen und Abstimmungen zwar routiniert abgehalten würden, Parlamente und Gremien tagten. Doch die »wirklichen« Beschlüsse würden von einer abgehobenen politischen Elite mit einem großen Konzern, in diesem Fall der Deutschen Bahn, ausgekugelt. Dieser schere sich wenig um lokale Folgen eines monströsen Bauprojekts. Noch radikaler thematisieren rechte Populisten und Bürgerbewegungen wie die *Tea Party* in den USA oder Pegida in Dresden das, was sie als Defizite der liberalen Demokratie empfinden.

Ein zweites Grundmotiv der jüngsten Protestwelle sind Fragen sozialer Gerechtigkeit und Verteilung vor dem Hintergrund der ökonomischen Verwüstungen, die die Weltfinanzkrise der Jahre 2008/9 hinterlassen hat. Diese habe in Kombination mit der Globalisierung neue wirtschaftliche Unsicherheit und stagnierende Einkommen der mittleren Schichten produziert. Ein ehemaliges Mitglied der französischen *Résistance*, der 93-jährige frühere Diplomat und Holocaust-Überlebende Stéphane Hessel, sprach vielen aus der Seele, als er 2011 dazu aufforderte, sich zu empören, weil das rein auf »Produktivität ausgerichtete Denken des Westens« die Welt in eine Krise gestürzt habe. Es sei höchste Zeit, »dass der Sorge um Ethik, Gerechtigkeit und einem anhaltenden Gleichgewicht die höchste Priorität zugewiesen wird«. Dieser Protest richtete sich gegen einen »globalen Finanzkapitalismus« und die Ungleichverteilungen in einer Weltwirtschaftsordnung, in der eine kleine Gruppe sowohl national als auch international praktisch alle Vermögen kontrolliere. Die »99 %« der großen Mehrheit

hingegen gingen so gut wie leer aus, so der Schlachtruf der *Occupy Wallstreet*-Protestler. Ausgehend von der Besetzung des Zuccotti-Park in *Lower Manhattan* am 5. Oktober 2011 fand diese Bewegung weltweit rasch Nachahmer. Auch in Deutschland kam es zehn Tage später zu zahlreichen Demonstrationen, die in eine ein Jahr lang dauernde Besetzung des Platzes vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main mündeten.

Warum gibt es weiter Straßenprotest?

Trotz des nachvollziehbaren Unbehagens an der liberalen Demokratie und der sozialen Ungleichheit in einer sich globalisierenden Welt ist es erstaunlich, dass Straßenprotest weiter blüht und gedeiht und dass er nicht längst aus der Geschichte verschwunden ist. Denn weder die Stuttgart-21-Proteste noch *Occupy* führten zu durchschlagenden Resultaten. Sie wirken nicht gerade wie eine Erfolgsstrategie zur Gestaltung politischer Prozesse. Trotz immer wieder neuer Enttäuschungen seitens der Protestierenden sind Straßendemonstrationen so alltäglich und »normal« geworden, dass wir uns mit den Forderungen der jeweiligen Bewegungen auseinandersetzen, diesen beipflichten, sie kritisieren oder ablehnen. Aber wir ignorieren sie in der Regel nicht. Wir denken nicht mehr groß darüber danach, warum es immer wieder zu neuen Straßenprotesten kommt. Sie gehören zur Demokratie, sind selbstverständlich. Protest ist in unsere politischen Systeme eingepreist. Wie bei Streiks von Piloten und Lokführern haben wir Protestumgangsroutinen entwickelt. Verkehr wird aus verschiedensten Gründen umgeleitet, dann eben auch für Stuttgart 21.

Jede gute Geschichte beginnt mit einem Erstaunen. Warum also gehen Menschen »immer noch« auf die Straße? Warum bedarf es auch im 21. Jahrhundert weiter der physischen, durch menschliche Körper als Teil einer »Masse« ermöglichten Sicht-

barmachung eines Anliegens auf öffentlichen Straßen und Plätzen? Warum geht, wer sich im Jahr 2018 öffentlich wahrnehmbar empören will, nicht allein »online« oder ins Internetcafé, sondern auch auf die Straße? Zwar wird er oder sie auf sozialen Medien zahlreiche *follower* finden. Rein mediale Kommunikationsformen wie Petitionen, Bittschriften oder lange Listen von Unterschriften reichen jedoch in unserer sozialen Wahrnehmung bis heute nicht aus, um politischen Dissens nachdrücklich anzumelden. Nichts scheint über eine zünftige Straßendemo zu gehen, wenn ein sozial bewegendes Thema gut sichtbar und hörbar platziert werden soll. Dafür gibt es inzwischen sogar professionelle Bewegungsmitarbeiterinnen, die als Vollzeitaktivisten daran arbeiten, Bewegungen Struktur und Knowhow zu vermitteln, aber auch Menschen dazu zu ermutigen, politische und soziale Missstände anzuprangern (Kessler 2013, 134).

Die Frage, warum sich Menschen nach wie vor an Straßenprotest beteiligen, ist keineswegs trivial: Wir leben in einem völlig anderen sozialen, medialen und politischen Umfeld als die Revolutionäre von 1848, die für eine freiheitliche Verfassung und nationale Einheit demonstrierten; oder die Arbeiter des Kaiserreichs, die vor dem Hintergrund der Industrialisierung im Zeitalter der Massenpresse die soziale Frage thematisierten; oder selbst die Studenten von 1968, die das Versprechen der Selbstverwirklichung in einer Konsumgesellschaft einforderten, als das Fernsehen erstmals eine neue Unmittelbarkeit der Übermittlung von Protestereignissen ermöglichte. Obwohl unser Mediensystem sich dramatisch gewandelt hat, ist die Straße eine notwendige Bühne zur Aushandlung politischer und gesellschaftlicher Konflikte geblieben. Sichtbarer Protest – und damit dessen vordergründiger Erfolg – wird weiterhin daran gemessen, wie viele Menschen sich massenhaft physisch »im Licht der Öffentlichkeit« versammeln und dafür mancherlei Unbill, Anstrengung und Risiken in Kauf nehmen. Dabei hätten sie doch Facebook und Twitter! Warum also reichen rein mediale oder digitale Formen nicht aus, um Dissens wirksam zu kommunizieren?

Protest ist historisch: Die erste Antwort lautet schlicht, dass die Geschichte selbst normierend wirkt. Als Individuen und als Gesellschaft erkennen wir intuitiv Straßenprotest als Protest und somit als politisches Statement – und nicht als eine Art Freizeitbeschäftigung (obwohl er das für manche auch ist). Straßenprotest ist als Form der antagonistischen politischen Kommunikation historisch überliefert und gewachsen (Tilly 2004, 11ff.). Er ereignet sich immer wieder, weil er sich in der Vergangenheit ereignet hat. Die Politikwissenschaft nennt das Pfadabhängigkeiten. Im kollektiven Gedächtnis hat sich als Erfahrungswert abgelagert, was unter Protest zu verstehen ist und dass dieser in der Vergangenheit auch erfolgreich war. Wenn heute irgendwo demonstriert wird, dauert es meist nicht lang, bis Beobachterinnen historisch vergleichen, in der Gegenwart meist auf »1968« oder die Bürgerbewegung in der DDR verweisen. Aber auch die Protestler selbst stellen sich gern in ein historisches Kontinuum. Viele Stuttgart-21-Demonstranten verglichen sich mit den Aktivisten, die in den 1970er Jahren den Bau eines Kernkraftwerks in Wyhl im Breisgau verhindert hatten und waren teils selbst »Veteranen« dieser Kämpfe. Die Dresdner Pegida-Marschierer wiederum sahen sich selbstbewusst in der Kontinuität der Leipziger Montagsdemonstrationen, die im Herbst 1989 mit zum Fall der DDR geführt hatten. Einige der Älteren von ihnen hatten daran teilgenommen.

Protest stiftet Sinn: Neben der Kraft des historisch Überlieferten steht die anthropologische, sinnstiftende Komponente von Protest: Straßenprotest blüht und gedeiht auch deshalb, weil die Erfahrung physischer Interaktion ein menschliches Grundbedürfnis ist. Das Erlebnis des Aufgehens in einer auf ein Thema eingeschworenen Masse unterstreicht die Sinnhaftigkeit eines Anliegens. Es geht bei Protest immer auch um Sinnstiftung bezogen auf das Kollektiv, das da demonstriert. Die Forschung nennt das die »expressive«, nach innen gewendete Dimension von Protest, in Abgrenzung von der »instrumentellen«, Zweck und Ziele »mit Außenbezug« betreffenden Dimension (Hellmann 1996, 123): Gemeinschaft wird nicht nur symbolisch abstrakt oder medial ver-

mittelt erfahren. Eine Gruppe von Demonstrierenden überwindet temporär Grunderfahrungen der Entfremdung in der Moderne. Er führt zu einem höheren emotionalen Aggregatzustand aufgrund von physischer Interaktion. Warum auch sonst sollten sich Menschen bei nasskaltem Wetter oder glühender Hitze auf eine Straße setzen, würde dies nicht einen gefühlten individuellen Nutzen erzeugen?

Protest verbindet Menschen: Diese emotionalen Wirkungen des persönlich Erlebten in einer Gemeinschaft sind für die historische Forschung quellenmäßig oft schwer zu greifen. Jedoch machen sie in Kombination der entsprechenden Erzählungen (»Veteranengeschichten«) mit dem Anspruch, etwas in einer Sache bewirken zu wollen, die Anziehungskraft von erfolgreichen Protestbewegungen auch auf bisher Nichtbeteiligte oder Außenstehende aus. Diese emotionalen Effizienzgewinne sind im individuellen Erleben nicht völlig von der Begeisterung bei Sportereignissen zu unterscheiden und ähneln (wiederum leicht boshaft zuspitzend) in ihrem Erlebniswert anderen »Freizeitbeschäftigungen« im Kollektiv. Es wäre naiv, das völlig außer Acht zu lassen. Dies gilt vor allem für eine offene Gesellschaft, während in der DDR noch im Sommer 1989 die persönliche Gefahrenlage anders zu beurteilen war. Die Teilnahme an einer Demonstration stellt immer auch ein persönliches Erleben dar, etwa der gemeinsamen Anreise im Bus in den frühen Morgenstunden oder des Ausharrens auf »Aufmarschplätzen«. Die erzeugten Stimmungen, auch aufgrund von Musik und anderen Faktoren emotionaler Vergemeinschaftung machen Protest zu einem »starken Erlebnis«. Aber: Die Bereitschaft der Demonstrierenden, ihre potentielle Leidensfähigkeit im Angesicht der Gefahr (siehe »Schwarzer Donnerstag«) nehmen auch die Außenstehenden als ein glaubwürdiges Zeugnis wahr. Dies hat mehr Durchschlagkraft als ein Mausclick oder ein Leserbrief.

Protest macht ein Anliegen sichtbar: Menschenmassen ziehen Kameras magisch an. Politischer Protest zielt auf eine öffentliche, mediale Wirkung. Daher ist er in allererster Linie eine Form politischer Kommunikation. Weil Straßenprotest ohne die Interaktion

mit und die symbiotische Beziehung zu anderen Medien nicht verfährt, hat er sich medial als äußerst anpassungsfähig erwiesen. Er lässt sich auf Papier und auf dem Bildschirm eines Smartphones weiterverbreiten, er lässt sich in der Zeitung, im Fernsehen, im Internet betrachten und hat seine Kommunikationsstrategien parallel zum Wandel des medialen Ensembles kontinuierlich erneuert. Zu Demonstrationen wird nicht mehr mit Flugblättern oder Plakaten »aufgerufen«, sondern, wie bei Stuttgart 21 oder Pegida, mittels sozialer Medien »eingeladen«.

Das Protestrepertoire ist ferner keinesfalls statisch. Die typischen Formen passen sich an das dominante Medium an. Plakate und Banner mit politischen Parolen ersetzen Fahnen, als Zeitungen vermehrt Fotos abdrucken. Die »direkten Aktionen« der »68er« waren wie fürs Fernsehen gemacht. In den 1970er Jahren kam es während der Anti-AKW-Proteste vermehrt zu Platzbesetzungen, die auch während der jüngsten Protestwelle so charakteristisch geworden sind. Die 1920er bis 1960er Jahre hingegen waren die Zeit der klassischen Protestmärsche auch über lange Strecken – wie seitens des amerikanischen *Civil Rights Movements* oder der Ostermarschbewegung (Reiss 2007). Diese trugen ein Protestanliegen in jede Kleinstadt und jedes Dorf, so dass lokale Medien darüber berichteten. Sie sind aus der Mode gekommen, weil wir nicht mehr im Zeitalter von Radio und Massenpresse leben.

Protest ist Indikator gesellschaftlicher Krisen: Beispiele gescheiterter Proteste gibt es reichlich. Selten hat eine Protestbewegung auf Antrieb reüssiert, meistens nie. Doch Protest auf die instrumentelle Dimension der konkreten Durchsetzung eines bestimmten Ziels wie etwa die Verhinderung der Wiederbewaffnung in den 1950er Jahren zu reduzieren, griffe zu kurz. Er »indiziert« gesellschaftliche Krisen und Kommunikationsdefizite, er macht sozialen Wandel sichtbar, er legt latente Konflikte offen. Protest als Medium gesellschaftlichen Streits ist zentral für die Verständigung darüber, was uns in unserer Gesellschaft wichtig ist, wofür wir einstehen und was uns zusammenhält. Der Generalstreik vom

November 1948 konnte die Währungsreform nicht rückgängig machen, und die rechten Populisten werden nicht verhindern, dass Deutschland auch künftig ein Einwanderungsland ist. Dennoch erzwangen die Ersten eine Debatte über die soziale Abfederung des Übergangs zur Marktwirtschaft, während die Zweiten eine notwendige Diskussion über eine sinnvolle Regulierung von Zuwanderung erzwingen. Auch die Friedensbewegung der 1980er Jahre konnte die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen nicht verhindern. Doch sie war Resonanzraum eines breiten Krisengefühls, festigte die Westbindung der BRD und deren post-nationalsozialistisches Selbstverständnis. Diese Indikatorfunktion halte ich für die zentrale soziale Komponente von Protest in einer offenen Gesellschaft.

Das Establishment spielt mit: Die Wirkungen von Protest lassen sich daher erst abschätzen, wenn wir die »Gegenseite« einbeziehen. Ein gutes Beispiel sind die studentischen Proteste um »1968«. Diese wären ohne die Empörung und medial verbreitete Aufregung »etablierter Kräfte« vermutlich verpufft, auch wenn beiderseits viel Theater mit im Spiel war. Eine Neubewertung dieses Verhältnisses liegt aus Bewegungsperspektive nahe, weil die Haltung »systemkonformer« Akteure über die Erfolgsbedingungen revoltierender, das »System hinterfragender« Aktivistinnen mitentscheidet. Das zeigt etwa ein Vergleich der Proteste gegen das Atomkraftwerk Wyhl mit dem Misserfolg der AKW-Gegner in Brokdorf (vgl. Kapitel 5.3). Um es an einem Beispiel aus der US-Geschichte zu illustrieren: Es bedurfte für den Erfolg der Bürgerrechtsbewegung nicht nur eines Martin Luther King, der die Menschen zu Protesten anspornte, sondern eben auch eines Präsidenten Lyndon B. Johnson, der unter Einsatz von erheblichem politischem Kapital die Gleichstellungsgesetze durch den Kongress peitschte. Bewegungen und Straßenprotest können Agenden setzen und dadurch bestimmten Themen im etablierten politischen Betrieb höhere Priorität verleihen. Da Protest auf öffentliche Wahrnehmung zielt, macht er nur Sinn in Kombination mit der Provokation und den Reaktionen Etablierter (Fahlenbrach u. a. 2012).

Protestbewegungen gehören zur liberalen Demokratie: Der Großmeister einer historisch orientierten sozialwissenschaftlichen Protestforschung, der 2008 verstorbene New Yorker Soziologe Charles Tilly wurde nicht müde, sich in seinem langen Forscherleben immer wieder aufs Neue in unterschiedlichsten Varianten mit sozialen Bewegungen, bevorzugt in langen historischen Querschnitten zu beschäftigen. Er stellte sich einmal die uns vermutlich wenig überraschende Frage, warum es in Kasachstan keine sozialen Bewegungen gäbe, obwohl dieses Land viele unbewältigte Konflikte habe (Tilly 2004, 123). Hinter der Frage steht die Annahme, dass im großen historischen Überblick Demokratisierung und das Aufkommen sozialer Bewegungen Hand in Hand gegangen sind, selbst wenn diese sozialen Bewegungen keineswegs alle für mehr Demokratie eintraten. Offene Gesellschaften lassen Protest zu und lernen damit umzugehen. Hier erlebte Deutschland nach 1945 eine steile Lernkurve, weil man hier, anders als in den USA, die integrierende Funktion von Protest erst allmählich zu schätzen lernen musste. Dieser Punkt war in etwa in den 1980er Jahren erreicht, als Helmut Kohl, anders als sein großer christdemokratischer Vorgänger Konrad Adenauer, sich von der gewaltigen Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss nicht aus der Ruhe bringen ließ.

Die Normalisierung von Protest: Im Protest werden größere und kleinere gesellschaftliche Fragen aufgegriffen und manchmal auch aufgeworfen (Indikatorfunktion). Die Frage sei jedoch erlaubt, ob es nicht besser ist, wenn Protestbewegungen ihre ultimativen Ziele nicht erreichen, sondern wie die 68er-Revolution »glücklich« scheitern? Politisch, das heißt mit Blick auf eine spätere »Machtergreifung« erfolgreiche soziale Bewegungen, wie die Bolschewiki in Russland oder die Faschisten in Italien, standen am Ausgangspunkt katastrophaler Entwicklungen. Gesellschaftlich produktive Bewegungen gehen unter. Vor diesem Hintergrund argumentiere ich, dass Straßenprotest seit 1945 zwar zunehmend an Akzeptanz gewonnen hat (siehe Friedensbewegung oder auch Stuttgart 21, wo beidesmal Bürgerliche und viele ältere Semester